

Es liegen folgende Anträge zur Verkehrssituation in Hömel vor:

01. Antrag der CDU-Fraktion vom 20.06.2018

Die CDU-Fraktion beantragt, Verkehrs- und Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen.

02. Bürgerantrag von 45 Hömeler Bürgern vom 22.10.2018

Die Hömeler Bürgerschaft beantragt die Überprüfung der Verkehrssituation und die Ergreifung verkehrsberuhigender Maßnahmen.

03. Antrag der SPD-Fraktion vom 19.11.2018

Die SPD-Fraktion beantragt die Einrichtung einer Zone-30 sowie bauliche Lösungen zur Geschwindigkeitsreduzierung auf der Hömeler Straße.

Der weitestgehende Antrag ist der auf Einrichtung einer Zone-30.

In den bisherigen Beratungen konnte keine abschließende Entscheidung getroffen werden. Hier wird insbesondere auf die Beratung in der Sitzung vom 11.02.2019 verwiesen.

Es wurden Messungen durchgeführt, die, ähnlich wie in Haan, kein eindeutig objektives Argument für die Einrichtung einer Zone-30 erkennen lassen. Trotzdem sieht das subjektive Empfinden der Anwohner deutlich anders aus.

Es wird vorgeschlagen, entsprechend den Beschlussfassungen zu den Anträgen in Oberelben und Haan, dem Antrag auf Einrichtung einer Zone-30 in Hömel zu entsprechen.

Über weitergehende Überlegungen bezüglich der Bushaltestelle wird die Verwaltung in der Sitzung informieren.

Beratungsverlauf:

Ausschussvorsitzender Wilhelm Weber fragt, ob die Einrichtung von 30er-Zonen Auswirkungen auf die Förderung der Bushaltestellen habe. FBL Manfred Schneider verneint dies und erläutert die Vorlage. Er geht auf die Bushaltestelle in Hömel ein und stellt erste Planungen vor. Der reguläre Ausbau könne erst in zwei bis drei Jahren erfolgen. Er schlägt als provisorische Lösung eine Abtrennung zur Straße und das Aufstellen von Pflanzkübeln vor.

AM Gudrun Wittmer bewertet die Überlegungen positiv. Sie regt an, die Beleuchtungssituation deutlich zu verbessern. FBL Manfred Schneider erklärt, wenn festgestellt werde, dass es zu dunkel sei, könne ein helleres Leuchtmittel eingesetzt werden. Eine neue Leuchte könne es jedoch erst im Endausbau geben. Er weist darauf hin, dass die Maßnahmen von der Straßenverkehrsbehörde angeordnet werden müssen.

RM Thomas Hellbusch regt retroreflektierende Elemente an. AM Dominik Trautmann spricht sich für bauliche Änderungen aus.

Da bauliche Lösungen kaum möglich seien, schlägt Ausschussvorsitzender Wilhelm Weber Parkplatzmarkierungen vor.

Der Ausschussvorsitzende unterbricht die Sitzung. In der Sitzungsunterbrechung erläutert eine Anwohnerin die Argumente der Ortsgemeinschaft.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fasst der Ausschuss den Beschluss.